

Wilsdruffer Tageblatt

Rationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags um 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 1 Mk., bei Zustellung durch die Post 1,20 Mk., bei Vorbestellung 1,00 Mk. Die Bezahlung erfolgt durch die Post. Die Redaktion ist für die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ nicht verantwortlich.

Wilsdruff, den 29. November 1925. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa. Nr. 278. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Dienstag, 1. Dezember 1925.

Nach der Annahme.

Von politischer Seite wird uns zur Verabschiedung des Locarnovertrages im Reichstag geschrieben:

Die Annahme des Vertrages von Locarno im Deutschen Reichstag ist eine Tatsache, an der niemand mehr etwas ändern kann. Es hat also gar keinen Zweck, eine „Leichenrede“ zu halten wie beim Staspiel; leider haben aber wir Deutschen vielfach auch in der Politik diese üble Angewohnheit.

Neue Aufgaben harren unser. Und sie zu erreichen ist wichtiger als rückwärtige Kritik. Diese Aufgaben heißen: die Rückwirkungen schaffen, die in Aussicht gestellt wurden. Noch tritt ja der Vertrag — trotz Unterschrift — nicht in Kraft; das geschieht erst, wenn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollzogen ist. Auch alle Freunde des Vertrages wandten sich im Reichstag scharf gegen die Art, wie man bisher den Geist von Locarno wirksam mache. Die Milderung des Besatzungsregimes müßte schneller vor sich gehen. Darin war sich am letzten Tage des Reichstagskampfes alles, von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, einig, ganz abgesehen von den Reichsparteien.

„Solange ist ja auch die Gegenseitigkeit nicht erreicht, als die Befassung noch nicht zurückgezogen ist,“ führte der sozialdemokratische Redner aus. Das sagten auch die anderen. Vieles von dem, was wir im Sommer erhofften, erfüllte sich nicht; darum muß versucht werden, zu erreichen, was Inhalt des „Geistes von Locarno“ sein soll. Sonst wird die Konferenz nicht zur Weltwende, wie es die geistlichen Völker Europas, wie vor allem wir erhoffen. Der Reichstag nahm mit diesem Ausblick eine Entscheidung an, die das Hinwirken auf volles Eintreten der erhofften „Rückwirkungen“ fordert. Die Opposition lehnte die Zustimmung ab, weil diese Entscheidung keine Bindung aufwies, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von der Erfüllung der Rückwirkungen abhängig machte.

Aber in der Forderung selbst waren alle Parteien einig.

Echo der Presse.

Die Annahme der Locarnoverträge im Deutschen Reichstag hat natürlich, wie zu erwarten war, ein lebhaftes Echo in der Presse aller Parteischattierungen. Wir geben einige charakteristische Proben untenstehend wieder.

Stimmen von rechts.

Die Kreuzzeitung führt aus, daß in einer der letzten Oppositionsreden dem vielgerühmten „Geiste von Locarno“ der Fluch von Locarno gegenübergestellt wurde. Seite Kreise des deutschen Volkes sind überzeugt, daß die Unterzeichnung in London dem deutschen Volke zum Unsegen gereichen werde. Die deutschnationale Partei hat kein Mittel unversucht gelassen, diesen Unsegen zu bannen und vom deutschen Volke fernzuhalten. — Die Deutsche Tageszeitung fragt: Wie muß man in Paris über das deutsche Volk denken, wenn die Nachricht eintrifft, daß der Deutsche Reichstag (angeblich) die Abänderung der rheinischen Befestigung (angeblich) bedingungslos angenommen hat und wenn man dort die Verhandlungsbedingungen liest, die von einzelnen Abgeordneten der Mehrheitsparteien gebildet worden sind. Die Überzeugung, daß man dem Deutschen alles bieten könne, daß er immer zusammenbräche, wenn ihm nur mit der nötigen Energie entgegengetreten wird, muß durch dieses Verhalten eine neue Stärke gewinnen. — Der Berliner Volksanzeiger sagt: „Was gestern noch Ankündigung war, ist heute schon Tatsache: der Reichstag hat mit dem letzten Reichstag unserer politischen Bewegungsfreiheit auch auf Jahre hinaus, auf mindestens neun Jahre, die Zukunft unserer Brüder am Rhein und an der Saar dem Erfüllungstaukel ausgeharrt.“

Aus der Mitte.

Reichskanzler und Reichsaussenminister stehen zu Locarno, meint die Deutsche Allgemeine Zeitung. Der Reichstag hat sein Ja gegeben; wer zu Aufbau und Mitarbeit bereit ist, kann diese Grundfrage unserer zukünftigen Politik nicht negieren, und wer Gefahren fürchtet, Schäden verhindern will, am allerwenigsten. — Die Tägliche Rundschau betrachtet die von der Opposition erhobene Forderung der Zweidrittelmehrheit und führt aus, es unterliege keinem Zweifel, daß die einfache Mehrheit genüge, und diese Mehrheit sei auf jeden Fall groß genug, um zu beweisen, daß die Sache der Opposition von vornherein verloren war, ganz abgesehen davon, daß die Opposition eine recht tunterbunte Zusammensetzung aufwies. — Die Germania schreibt, der Reichstag habe ein Gesetz verabschiedet, das geeignet ist, nicht nur eine ganz neue Epoche der europäischen Staatengeschichte, die der Weltgeschichte überhaupt, herauszuführen, sondern auch alle früheren Methoden staatlicher Auseinandersetzung auf eine neue, bisher kaum gekannte Basis zu stellen.

Von links.

Die Volksliche Zeitung betrachtet Locarno noch nicht als Erfüllung, sondern nur als erste Hoffnung, einen Wechsel zur besseren Zukunft. Der Vertrag sei allerdings auch eine Wende, er schaffe neue Grundlagen für unsere außenpolitische Arbeit, und man kann von Locarno mit einem Goethe-Satz sagen: Von hier und von heute beginnt ein neuer Akt, ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte. Diese Weltgeschichte soll sich in friedlichen Bahnen weiterbewegen und entwickeln. — Der Vertrag eröffne den Weg zu einer Verständigungspolitik unter den europäischen Mächten auf lange Sicht, sagt das Berliner Tageblatt. Sade der deutschen Delegierten werde es sein, in der diplomatischen Auseinandersetzung mit den anderen Vertragskontrahenten die Frage der sogenannten

Unterzeichnung des Locarnowerkes.

Zustimmung des Reichsrats!

Reichskanzler Dr. Luther erschien Sonnabend beim Reichspräsidenten, um dem Staatsoberhaupt über die Schlussverhandlungen des Reichstages und über die Annahme des Locarnovertrages Vortrag zu halten. Der Reichsrat beschloß ebenfalls Sonnabend in öffentlicher Vollversammlung mit 49 gegen 15 Stimmen, von dem im Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über die Zustimmung zu den Locarnoverträgen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben. Gegen diesen Beschluß stimmten Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Diese Beschlußfassung umfaßt grundsätzlich die Feststellung, ob der Wortlaut eines vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurfes verändert worden ist. Unmittelbar nach dem Beschluß des Reichsrats war demgemäß die Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten anberaumt.

Der damit Gesetzeskraft enthaltende Locarnovertrag wird in der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes veröffentlicht werden.

Bayern für Zweidrittelmehrheit.

In der Sitzung des Reichsrates erklärte der Vertreter Bayerns, der sich in der ersten Beratung der Stimme enthalten hatte, daß er gegen die Abstimmung im Reichstag in aller Form Einspruch erhebe. Im Reichstag sei die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und ein rechtskräftiger Beschluß des Reichstages liege also nicht vor. Thüringen und Braunschweig erhoben Bedenken, weil sich in Trier und in Jülich gezeigt habe, daß die erwartete Entlastung des Rheinlandes nicht eingetreten sei. Staatssekretär v. Schubert erklärte, die französische Regierung habe auf die Beschwerde wegen der stärkeren Besetzung Triers erklärt, sich sofort mit den Militärbehörden in Verbindung setzen zu wollen, und habe zugesagt, daß sie festhalte an dem Bestreben, die Besetzung ganz allgemein im Rheinland zu verringern.

Abreise nach London.

Zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno und zur Besprechung der weiteren Schritte und Maßnahmen in Weiterführung der in Locarno ausgenommenen persönlichen Fühlung mit den Vertretern der anderen vertragsschließenden Länder begaben sich Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann am Sonntag nach London. Beide Herren wurden von ihren Staatssekretären, den Herren Kempner und v. Schubert, begleitet.

Die Londoner Blätter berichten, daß alle hauptsächlichsten Delegierten, die in Locarno zur Konferenz anwesend waren, mit Ausnahme Mussolinis, der Unterzeichnung des Paktes am Dienstag beizubehalten werden. Laut „Westminster Gazette“ wird die Unterzeichnung in alphabetischer Reihenfolge stattfinden, so daß Deutschland daher zuerst zeichnen wird.

Die deutsche Delegation wird am Donnerstag, den 1. Dezember, abends, in Berlin zurück erwartet. Als Termin des Gesamtrücktritts der Reichsregierung ist der 1. Dezember festgesetzt worden.

Unterschrift des Reichspräsidenten.

Amliche Mitteilung.

Berlin, 29. November.

Nachdem der Reichsrat gestern nachmittags mit 49 gegen 15 Stimmen beschloß, hat auf einen Einspruch gegen das Gesetz über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verzichten, hat der Reichspräsident gestern abend das vom Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann gegenzeichnete Gesetz ausfertigt. Das Gesetz wird demgemäß mit dem Datum vom 28. November in dem am 3. Dezember erscheinenden Reichsgesetzblatt veröffentlicht.

Rückwirkungen weiter zu klären und vor allem auf eine Verstärkung der Befestigung im Rheinland zu dringen. — Der Fortwärt endlich führt aus, der Gedanke des Friedens und der Verständigung sei im Parlament zum Siege geführt worden. Im Volke selbst seien die Kräfte des Friedens unweifelhaft noch stärker, als es in den Abstimmungsziffern im Reichstag zum Ausdruck gekommen sei.

Das Ausland.

Das englische führende Blatt „Times“ begrüßt Dr. Luther und Dr. Stresemann zur erfolgreichen Durchführung ihrer Locarnopolitik. Die Erklärungen in Locarno, die praktische Lösung des Abbrückens und die Proklamierung großer Erleichterungen im Rheinland hätten ihrer Wirkung auf die Stimmen der deutschen Wähler ausgedehnt. — Unter der Überschrift „Deutschland tritt ein“

Unterzeichnungsformalitäten in London.

London. Die Vorbereitungen für die am Dienstag stattfindende Unterzeichnung des Locarnopaketes sind beendet. Die ursprünglich geplante drahtlose Weitergabe der Noten wird wahrscheinlich nicht stattfinden. Im Namen Großbritanniens wird allein Kusten Chamberlain unterzeichnen. Baldwin und die meisten Kabinettsmitglieder werden anwesend sein. Bei dem Essen, das Chamberlain am Dienstag abend zu Ehren der Unterzeichner geben wird, werden etwa 80 Personen zugegen sein.

Verhandlung über weitere Rückwirkungen.

Die deutschen Meldungen über die Aufnahme neuer Verhandlungen werden von London aus bestätigt. „Daily Telegraph“ spricht von umfassenden Erörterungen über das gesamte Rheinflandregime, die deutsche Luftfahrt und die allgemeine Abrüstung der Alliierten.

Wie aus London verlautet, wird der König die Delegierten, die den Locarnopakt paraphiert haben, am Dienstag, den 1. Dezember, nachmittags, in Audienz empfangen. Chamberlain wird den Delegierten am selben Abend im Essen im Lancaster House geben, während der Premierminister Baldwin den Delegierten am Mittwoch, den 1. Dezember, ein Essen in Downingstreet geben wird.

Die Stärke der Besatzungstruppen.

Unbefängte Gerüchte.

Zu den Meldungen über die Stärke der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet wird von zuständigen deutscher Stelle gemeldet, daß infolge der bevorstehenden Räumung der ersten Zone und der Verminderung der Truppen im besetzten Gebiet gegenwärtig eine Truppenumgruppierung größten Umfangs im Gange ist, die verbunden ist mit der Vorbereitung von neuen Quartieren der Engländer in und um Wiesbaden. Im Zusammenhang damit sind dem Auswärtigen Amt zahlreiche Telegramme zugegangen, die von einer drohenden Vermehrung der Quartierlasten sprechen.

Diese Nachrichten sind zum Anlaß von diplomatischen Vorstellungen genommen worden, und es hat sich in fast allen Fällen herausgestellt, daß die Besorgnis der Gemeinden unbegründet war. Es handelt sich teils um unbefängte Gerüchte, teils um Äußerungen von nachgeordneten Stellen der Besatzungstruppen, welche über den ganzen Plan nicht unterrichtet waren. Die Zusage der Regierungen der Besatzungstruppen geht dahin, daß die verbleibenden Truppen in ihrer Gesamtheit annähernd auf die Stärke der deutschen Friedensgarnisonen herabgesetzt werden sollen.

Gegenwärtig besteht kein hinreichender Grund, an der Ausführung dieser Versprechungen zu zweifeln. Wahrscheinlich wird sich die Zahl der Garnisonen vermindern, während diese und jene Gemeinde etwas stärker besetzt werden wird.

In Bestätigung dieser Mitteilung teilt die Stadtverwaltung von Koblenz mit, daß eine Vermehrung der Besatzung von Koblenz nicht in Frage komme. Auch die Nachrichten über eine sündige erhöhte Besetzung von Trier, Jülich und Höchst a. M. sollen nicht den Tatsachen entsprechen.

Der neue Reichskommissar Freiherr Langwerth von Simmern ist in Koblenz eingetroffen. Er hat vorläufig im „Koblenzer Hof“ Wohnung genommen.

Belgische Besatzungstruppen.

Paris. Wie der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ meldet, wird das belgische Besatzungsheer nach der Räumung der Kölner Zone bestehen aus drei Regimentern Infanterie, zwei Regimentern Artillerie, einem Regiment Kavallerie, einem Pionierbataillon, Train und Militärbeamten, im ganzen aus 1000 gegenüber bisher 17500 Mann. Die Besatzungsarmee wird in Zukunft den Bezirkachen mit Ausnahme des von den Franzosen zu besetzenden Dären umfassen.

Der „Daily News“ die Reichstagsabstimmung, die als Folge der Locarno-Konferenz „wohl die größte Tat im Dienst des Weltfriedens“ gewesen sei. — Die „Reichspost“ in Wien schreibt: „Deutschland hat durch die Annahme des Vertrages von Locarno einen weiteren Schritt auf dem Wege zur friedlichen Einigung Europas gemacht. Es hat dabei ein Recht zu fordern, daß ihm die Partner auf diesem Wege folgen.“

In Paris unterstreicht der „Ouvrier“ die Idee der Schaffung einer europäischen Zollunion und den Zusammenschluß zu den Vereinigten Staaten von Europa. Die Vereinigten Staaten von Europa könnten nicht gebildet werden, wenn die politischen Locarnoverträge nicht durch wirtschaftliche Abmachungen ergänzt werden. — Aus New York läßt sich Herald and Tribune vernehmen: „Wahrscheinlich wird sich der Geist von Locarno als eine hohe Brause erweisen.“